

Protest gegen Benachteiligung Behinderter

Köln - Die in der Aktion „Eine Schule für alle“ zusammengeschlossenen NRW-Elternvereine haben der Landesregierung die Benachteiligung behinderter Schüler vorgeworfen. Trotz vielseitigen Bemühens habe die Landesregierung die gedeckelten Lehrerstellen für Integrations- schulen der Sekundarstufe I nicht dem erhöhten Bedarf angepasst, kritisierte Sprecherin Eva-Maria Thoms. „Wir Elternvereine in Nord- rhein-Westfalen protestieren aufs Schärfste gegen die aktuellen Kür- zungen in den Integrationsschulen, in denen Kinder mit und ohne Be- hinderungen gemeinsam lernen“, erklärte sie.

Mit hohem Engagement und poli- tischem Druck hätten die Eltern 2008 einige Kommunen und Kreise wie Köln, Bonn, Bielefeld, Aachen, den Rhein-Erft- und den Rhein- Sieg-Kreis bewegen können, mehr gemeinsamen Unterricht anzubie- ten. Nun sabotiere die Landesregie- rung diese Fortschritte.

Einige Schulen wollten wegen der Personalkürzungen im kom- menden Schuljahr sogar den ge- meinsamen Unterricht der Kinder mit und ohne Behinderungen wieder abschaffen. „Die Landesregierung hat im Bundesrat der Ratifikation der UN-Behindertenkonvention zu- gestimmt, sie darf nicht gegen ihre Bestimmungen handeln“, forderte Thoms. (dpa)

Ⓒ www.eine-schule-fuer-alle.info

SRG01A/1

487 A v. 24.2.08